



Antrag:

Die SPD-Kreistagsfraktion sieht dringenden Bedarf, die Situation schutzbedürftiger Frauen und Kinder im Landkreis zu verbessern und beantragt, dass der Landkreis Ludwigsburg Möglichkeiten und Wege aufzeigt, um die Realisierung des projektierten zweiten Frauenhauses im Landkreis durch die Verlängerung der Reservierung einer dafür zur Verfügung stehenden Immobilie nicht zu gefährden und das Projekt insgesamt voranzubringen. Ein Bericht ist in der Sitzung des nächsten Sozialausschusses vorzulegen.

Begründung:

Der Bedarf an Plätzen für Frauen und Kinder, die durch Gewalterfahrungen und Misshandlungen in Not sind, wird im Landkreis Ludwigsburg offenkundig und nachweisbar durch ein Frauenhaus nicht vollständig abgedeckt. Es muss im Interesse des Landkreises liegen, die aktuelle Situation zu ändern und Wege und Möglichkeiten zur Verbesserung zu erheben.

Aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion braucht es ein zweites Frauenhaus, damit Frauen und Kinder, die häuslicher Gewalt ausgesetzt und auf einen geschützten Wohnbereich angewiesen sind, wegen mangelnder Räumlichkeiten nicht länger abgewiesen werden müssen.

Angesichts der schwierigen Lage auf dem Immobilienmarkt ist es ein Glücksfall, dass der Verein Frauen für Frauen e. V. Ludwigsburg ein Gebäude dafür gefunden hat. Allerdings kann das Projekt nicht angegangen werden: Die Umsetzung der notwendigen Umbauten ist abhängig von Fördermitteln des Bundes, die bisher nicht gewährt wurden.

Da die Hängepartie mit den Fördermitteln seit einem Jahr andauert und deshalb die Reservierung des Gebäudes für diesen Zweck mit der Zeit auf der Kippe steht, droht dieses Vorhaben zu scheitern. Damit der Eigentümer des Hauses dieses Objekt weiterhin für ein Frauenhaus freihält, braucht es zusätzliche Anstrengung, Unterstützung und gegebenenfalls finanzielle Mittel. Hier muss der Landkreis handeln und sich der Verantwortung stellen und aktiv werden. Das Projekt darf nicht scheitern gerade auch im Hinblick auf das von Deutschland ratifizierte „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (Istanbul-Konvention).

Oberbürgermeister Jürgen Kessing, Fraktionsvorsitzender
Thomas Reusch-Frey, Sprecher für Soziales